

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisdorfer Str.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Die in Rücksicht einzeln abgegebene Nummer
kann nach der Redaction nicht
verlangt werden.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 9 Uhr.
Für den Abdruck für Inf.-Anzeige:
Otto Krumm, Universitätsstr. 22,
Bismarckstr. 10, p.
nur bis 1/8 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Reg.-Kauf 16,400.

Abonnementspreis viertel 4^{fl.}, hal-
b. 8^{fl.}, incl. Bringerlohn 5^{fl.},
durch die Post bezogen 6^{fl.}.
Jede einzelne Nummer 25^{kr.}
Belegexemplar 10^{kr.}
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30^{kr.}
mit Postbefreiung 45^{kr.}

Inserate 5^{kr.} per Zeile zu 10^{W.}
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Einzelnach nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Reclamenstich
die Spalte 40^{kr.}
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Mahlat wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

No. 291.

Mittwoch den 22. September 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die **Postanwarts-Brücke** wird nach Vollendung ihres Umbaus vom 22. d. M. ab dem Verkehr wieder übergeben, und demgemäß von diesem Tage ab auch die unter dem 1. Juli cr. von uns angeordnete Sperrung der Festungskraße auf dem Tracte zwischen der Canal- und Frankfurter Straße wieder aufgehoben.

Leipzig, am 20. September 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georg. Hartwig.

Der Redner von Ludwigsburg.

In der hohen Diplomatie gehen zuweilen Dinge vor, die an das Märchenhafte grenzen. Der Dichter Gustav Schwab erzählt uns in einer Ballade von einem Reitermann, der über eine weite schneebedeckte Ebene dahintritt und erst nach langer Zeit zu einem Dorfe kam. Als man ihn da verwundert fragte, welchen Weg er denn genommen, gab er die Richtung an, von wannen er gekommen. Man sagte ihm darauf erstaunt, daß er über den zugefrorenen Bodensee geritten sei. Der Dichter läßt den Schreier über diese zwar glückselig überstandene, aber nachträglich zum Selbstbewußtsein gelangte Gefahr so mächtig auf unsern Ritter wirken, daß dieser todt vom Pferde stülzt. Es ist zwar Niemand in Deutschland todt niedergesunken, als man zu Ludwigsburg aus Herrn von Bismarck's Munde die sensationelle Mär vernahm, daß ein Krieg mit Rußland dicht vor der Thür gestanden; allein der nachträgliche Schreck war dennoch groß genug, und Niemand wird gerade von angenehmen Empfindungen besessen worden sein, als er vernahm, Ulanen und Kosaken hätten die Ränge ihrer Lanzen an einander messen sollen.

Wie aller Welt bekannt ist, hatte Herr von Bismarck mitgeteilt, es sei in Rußisch-Polen ein russisches Heer verammelt gewesen, und man hätte Maßregeln getroffen, um in drei Tagen mit 300,000 Mann in Breslau einzurücken. Dagegen habe Rußland mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen, und der französische Minister Waddington habe den russischen Vorschlag sofort an Bismarck gefandt, worauf dieser nach Wien gereist sei, um das deutsch-österreichische Bündniß gegen Rußland zu Stande zu bringen.

Der Inhalt dieser Mittheilungen wird von Paris und Petersburg aus als pure Erfindung bezeichnet; Waddington selbst zeigt Herrn v. Bismarck die Unwahrheit. Ein europäischer Scandal ist damit befestigt; aber man muß auch andererseits bedenken, daß Bismarck ein gewählter und vorzüglicher Staatsmann und daß er in unserer Zeit der Freund des Fürsten Bismarck geworden ist. Seine Ludwigsburger Rundgebung hat jedenfalls irgend einen wichtigen Zweck, denn zum Vergnügen wird der schwäbische Politiker seine Enthüllungen nicht gemacht haben. Wir erwarten vielmehr, daß irgend eine Action erfolgen wird, zu welcher die Bismarck'schen Enthüllungen das Vorbild bilden. Gewöhnlich werden diplomatische Campagnen auf diese Art eingeleitet. Wir wollen hoffen, daß die etwa folgende Action nicht eine beunruhigende sein möge, denn wir haben der Unruhe schon genug.

Was nun Rußland anbetrifft, so mag ja mancher Wahre an diesen Indiscretionen sein. Dieser Staat ist unausgesetzt auf Eroberungen bedacht und hat schon oft bewiesen, daß er „keine Freundschaften“ kennt, wenn es Etwas zu erschnappen giebt. Das weiß man in Berlin recht gut, aber sollte es wissen. Die Lage ist thätlich so, daß die kleinste Reibung einen Krieg entzünden kann. Man kann hier die Frage aufwerfen, ob die Staatsmänner an der Rens wirklich so unbedonnen sein sollten, mit ihren durch den blutigen Orientkrieg decimierten Streitkräften einen Krieg mit Deutschland herbeizuführen zu wollen. Darauf läßt sich erwidern, daß Rußland stets zu Händeln bereit ist in der Zuvorsicht auf die Thatsache, daß sein ungeheures Gebiet nicht so leicht mit einem feindlichen Invasionsheer überzogen werden kann, und daß Karl XII., wie Napoleon I. ihre Macht in den russischen Schneegefilden zu Grunde gerichtet haben.

Wir haben vorläufig keinen Gegenstand gegen die Bismarck'sche Behauptung von den strategischen Anordnungen Rußlands und müssen die Sache zunächst so aufnehmen, wie sie geboten wird. Ganz anders aber ist es mit den Mittheilungen bezüglich des Bündnisses von Rußland zu Frankreich. Wir können uns nicht denken, daß Waddington nach seiner Erklärung, daß diese Enthüllungen auf Unwahrheit beruhen, in der angegebenen Weise verfahren ist. Denn das wäre den Gebrüchen und Traditionen der Diplomaten zu zuwider, daß man sicherlich in Frankreich nicht bis jetzt mit der Sache hinter dem Berge gehalten hätte.

Was das russisch-französische Bündniß anbetrifft, so ist es unseres Erachtens eine Chimäre und

keineswegs so leicht zu verwirklichen, wie man vielfach behauptet. Denn daß die Demokratie, die jetzt in Frankreich regiert und diesem Lande eine Staatsform nach ihren Anschauungen aufgeprägt hat, so ohne Weiteres einen Pact mit dem despotischen Jarenthum schließen wird, das scheint uns doch unwahrscheinlich. Aber selbst wenn Gambetta, der immer mehr zum Regenten Frankreichs wird, dieses Ziel ernstlich verfolgte, so ist er doch nicht so mächtig, daß sein bloßer Wille genügt, um ein so unnatürliches Bündniß zu Stande zu bringen. Gambetta ist für Frankreich durchaus nicht Das, was Fürst Bismarck für das deutsche Reich ist.

Der Ex-Dictator von Bordeaux ist ein trefflicher Anwalt der republikanischen Staatsform, ein beredter Volkstribun im großen Stile, ihm fehlt indessen die Einsicht in die Grenzen seines Könnens, überhaupt das Maß, welches jeden echten Staatsmann auszeichnen muß. Plant dieser Gigant dennoch ein Abenteuer, wie es Herr von Bismarck andeutet, so haben wir die feste Zuversicht, daß jetzt in Frankreich so viel Tonnentheit herrscht, um Gambetta noch zur rechten Zeit unschädlich zu machen. Die bürgerliche Republik erscheint uns in der That als eine Friedensgewähr, und wenn uns Gefahren drohen, so drohen sie uns heute wohl eher von Osten als von Westen her. An Herrn von Bismarck aber wird es sein, endlich seine beunruhigenden Worte klar zu stellen und zu erklären, was der Wahrheit gemäß ist.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 21. September.

Der hannoversche Parteitag, über welchen ein ausführlicher Bericht in der heutigen Nummer unseres Blattes vorliegt, hat mit einhelliger Beurtheilung der liberalen Seceffion geendet. Aber die Abtrünnigen der nationalliberalen Partei haben heute noch eine zweite Hiebpost zu verzeichnen. Das Ergebnis der Magdeburger Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus ist eine starke Niederlage Kaster's zu Gunsten des nationalliberalen Candidaten. Die erste Kraftprobe, welche die Seceffionisten unter der eifrigen Unterstützung der Fortschrittspartei und ihrer Presse angeht, ist damit zu ihren Ungunsten ausgefallen, aber wir fürchten, das Schauspiel, daß die früheren Mitglieder unserer Partei sich mit der Fortschrittspartei zur Eroberung alt-nationalliberaler Wahlkreise verbinden, wird sich in den bevorstehenden allgemeinen Wahlen noch gar häufig wiederholen. Kaster ist der eigentliche Vater der Seceffion insofern, als er schon vor einem Jahre den Schritt that, den seine nächsten politischen Freunde jetzt erst nachahmen. Er ist jetzt trotz seines hochangesehenen Namens und seiner vielen Verdienste zum drittenmal im Wahlkampf um ein Abgeordnetenmandat unterlegen. Ist das nicht auch ein Beweis, daß einem tiefempfindenden Herzensbedürfnis, einer populären Strömung der liberalen Wählerkreise die Abtrünnung von der nationalliberalen Partei durchaus nicht entspricht?

Herr Richter hat gesprochen. Am Sonntag fand zu Rassel ein Parteitag der Fortschrittspartei für Hessen und Umgebung statt, der aus den größeren hessischen Städten und Flecken, aus Frankfurt a. M. sowie aus einer Anzahl Städte in Thüringen, Waldeck und den Provinzen Sachsen und Hannover besetzt war. Von hervorragenden Parlamentariern waren der Abgeordnete C. Richter und der frühere Reichstags-Deputirte Klotz erschienen. Der Erstere sprach über die Ziele der Fortschrittspartei und die nächsten Reichstags-Wahlen.

Der Redner wies auf den Sieg seiner Partei bei den letzten Reichstagswahlen hin, und gab für die nächsten Wahlen die Parole: „Los vom Nationalliberalismus!“ In Bezug auf die Seceffionisten der nationalliberalen Partei betonte Herr Richter, daß dieselben jetzt selbst die Bismarck'schen Enthüllungen gegen die Nationalliberalen wegen der Compromiss- und Opportunistenpolitik, des Hellschens nicht nur über Maßregeln, sondern auch über Grundzüge erhoben habe. Im Weiteren rechtfertigte der Redner das neigende Verhalten des Reichstags bei der jüngsten Kirchen- und Zollgesetzgebung, das sich in Wirklichkeit als eine recht positive Stellungnahme erweist. Sich eingehend über die Nachtheile der neuen Zollgesetzgebung verbreitend, meinte Herr Richter, daß die Zustimmung zu der Er-

höhung der Tabak-Steuer das drohende Monopol, das gleich den vielen anderen Steuerprojecten keine geschäftliche Branche zur Ruhe kommen lasse, nicht in die Ferne gerückt habe, sondern demselben nur immer neue Nahrung gebe. Bismarck's Verhalten tadelte Herr Richter ganz besonders; derselbe habe bei der neuesten Kirchengesetzgebung die Vorlage für unverständlich erklärt, trotzdem aber dafür gestimmt und in der Hamburger Angelegenheit dem Kanzler geradezu eine Prüge geschlagen, obwohl sich letzterer um seine (Bismarck's) Voraussetzung gar nicht gekümmert habe u. s. f.

Im Lager der Conservativen herrscht Verstimmlung und Uneinigkeit. So weiß die freiconservative „Wochen-correspondenz“ von einer neuen conservativen Seceffion zu berichten. Dieselbe schreibt:

Die Parteibestrebungen, welche soeben den Austritt eines kleinen Bruchtheils der nationalliberalen Parlamentarier aus der Partei behufs schärferer Betonung einseitig liberaler, insbesondere freihändlerischer Tendenzen zur Folge hatten, scheinen innerhalb der conservativen Partei eine ähnliche Bewegung hervorzurufen zu wollen. Die hochkirchliche Richtung in derselben, welche bei der kirchenpolitischen Vorlage durchaus nicht auf ihre Rechnung gekommen ist, drängt auf eine Absonderung von dem übrigen Theil der Partei. Noch wird das Programm der „entschiedenen“ Conservativen nicht als gegenständig zu dem Programm der deutsch-conservativen Partei bezeichnet; es soll nur die conservativen Principien namentlich auf kirchlichem Gebiet schärfer concentriren. Immerhin aber wird eine Absonderung von dem nicht principienfesten Rest der Partei erstrebt. Gleichzeitig treibt das einseitige Marienthum die crassen Blüthen. . . . Wie die Trennung der Seceffionisten im Interesse einer Klärung der Parteiverhältnisse nur als erwünscht angesehen werden kann, so wird man auch den auf Absonderung einer hochkirchlich-agrarischen Gruppe gerichteten Bestrebungen im conservativen Lager Erfolg wünschen müssen. Gerade bei dem kirchenpolitischen Streit, wie numerisch schwach diese extreme Richtung innerhalb der conservativen Fraction des Abgeordnetenhauses, auf welche es mit Rücksicht darauf, daß nur dieselbe, nicht der Reichstag mit Kirchen- und Schulfragen befaßt ist, wesentlich ankommt, vertreten ist. Ihr Auscheiden würde eine Mehrheit der gemäßigten Elemente nicht geschaden; der conservativen und dabei kirchlich getriebene Rest der Partei, welcher gegenwärtig unter der populären Stimmung gegen das Hochkirchentum mit leidet, würde aber wesentlich gewinnen. Wie wir die Fusion der Neu- und Altonconservativen von Anfang an beklämpft haben, so würden wir die Bildung einer spezifisch hochkirchlich-agrarischen neuen Gruppe mit Heugnung begrüßen; sie würde den wirklichen Fehel für die Vereinigung der gemäßigten Elemente in beiden Lagern abgeben.

Vor Kurzem erschien ein Erlass des bairischen Kriegsministers, welcher den kaiserlichen Tagesbefehl vom 2. d. M. den bairischen Truppen befohlen gab. Darin wurde der König von Bayern als „oberster Kriegsherr“ und der Kaiser als „Bundesfeldherr“ bezeichnet. Wie man der „M. B.“ aus Berlin telegraphirt, wird in maßgebenden Kreisen die Bezeichnung „oberster Kriegsherr“ für nicht correct erachtet, da es in dem Bündnißvertrage mit Bayern vom 23. November 1870 heißt: „Das bairische Heer bildet einen in sich geschlossenen Bestandtheil des deutschen Bundesheeres mit selbstständiger Verwaltung, unter der Militärsouveränität Sr. Majestät des Königs von Bayern, im Kriege — und zwar mit der Mobilisirung — unter dem Befehl des Bundesfeldherrn.“ Die Bezeichnung „Bundesfeldherr“ entspricht zwar dem Verfaller Verträge, ist aber deshalb nicht am Platze, weil in Bestimmungen der Reichsverfassung über das Reichskriegswesen überall vom „Kaiser“ die Rede ist und es im Artikel 64 heißt: „Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahnenweid aufzunehmen.“

Die Ministerkrise in Frankreich hat dieselbe und jenseits des Rheines bedeutende Aufregung hervorgerufen. Der Sieg des radicalen Elements kann als ungewisslich gelten und Gambetta erscheint auch bei diesem Cabinetwechsel als saluar hinter den Coulissen. Sowohl radicale als conservative Blätter in Paris behaupten, die Angelegenheit der Congregationen sei nur der Vorwand, in Wirklichkeit sei die äußere Politik, insbesondere die Desamortisirung der Eberbourger Rede Gambetta's die Ursache, daß der Herr Kammerpräsident den Etang Freycinet's betriebe habe. Sein Organ, die „Republique française“, protestirt gegen diese Auffassung auf das Energischste und versichert, Niemand habe daran gedacht, eine andere als eine friedliche, vorsichtige, reservirte äußere Politik anzunehmen, und lediglich die Meinungsverschiedenheit über die Ausführung der Decrete habe die Krise herbeigeführt. Die radicalen Organe verlangen einstimmig, Gambetta solle jetzt die Regierung übernehmen, was derselbe aber nach Po-

litzer Depeschen weniger denn jemals beabsichtigt. Die Aufgabe Ferry's bei der Reubildung des Cabinets besteht in der Erhebung der Minister des Meubern, der Bauten und der Marine, die anderen Minister bleiben. Für das Meubere soll die Candidatur des Marquis de Roailles in dem Vorbergründ stehen und Präsident Gruy gegen Challemeil-Lacour Bedenken erheben. Für das Ministerium der Bauten wird Sabl Carnot genannt. Der Telegraph wird sicherlich im Laufe des Tages noch weitere Combinationen bringen. Jedenfalls wird die Reubildung des Cabinets noch einige Tage in Anspruch nehmen; erst dann wird sich entscheiden, ob eine zeitige Einberufung der Kammer für nothwendig erachtet wird. An eine Bedrohung des Friedens durch die Tradanten Gambetta's glauben wir nicht, denn das Bedürfnis nach Ruhe macht sich überall in Frankreich bemerkbar. Eines der verständlichsten Pariser Tagesorgane, der „Temps“, obgleich stark entmenslicht, glaubt doch der Hoffnung Raum geben zu können, daß der Nachfolger Freycinet's in dessen Fußstapfen treten werde. Lediglich zur Bezeichnung der Lage geben wir eine Betrachtung desselben Blattes, des Pariser „Temps“, wieder, welche die orientalische Frage und eine englisch-französische Entente wie folgt in Betracht zieht:

Gladstone habe ehrlich versucht, seine in der Opposition eingegangenen Engagements zu lösen; seine Politik war aber das gerade Gegentheil davon. Gladstone bewahrt nur seinen bösen Willen und alle seine Invectiven gegen Oesterreich. Das von ihm geschlossene europäische Concert ist eine delicate Sache. An dem Einverständnis der Mächte zu zweifeln, deren Schiffe eben vereinigt sind, hieße die Türkei im Ueberhande ermahnen. Aber hier maltet eine Illusion ob, die zerbröckeln werden muß. Wie Gladstone das europäische Concert versteht, kann dasselbe schwere Ereignisse zur Folge haben. Gladstone will, die Türkei solle entweder in die europäische Coalition einreten oder aufhören zu existiren. Aber die Türkei kennt, weiß, daß sie nicht im Stande ist, dieses Verlangen zu erfüllen. Wenn England und Rußland also darauf bestehen, wissen sie, was sie thun. Das ist eine Falle, worin sich Europa fangen soll. Man macht zuerst Collectionen und dann Flotten-demonstrationen; man kennt Gladstone's Anstrengungen, Englands Kanonen verwenden zu dürfen. Es handelt sich aber um mehr, um die Reform der Türkei, was aber ihre Stellung unter Vormundschaft bedeutet. Die sogenannten freigemachten Staaten müssen eines Tages unter österreichische oder russische Herrschaft fallen. Rußlands und Oesterreichs Rivalität ist das letzte Wort in der Orientfrage. Die hier im Spiele stehenden Interessen sind zu ernst für Gladstone's geroberde Philanthropie und humanitäre Donquixoterie; seine Anstrengungen können den Streik der beiden slavischen Mächte und die Trümmer der Türkei zur Folge haben. Bedenkt man, daß hinter der deutschen Deutschland steht, so hätte Frankreich dieses gegen sich, wollte es in dieser Frage das Wort nehmen, in welcher es weniger interessiert ist, als alle übrigen Staaten.

Das Blatt hebt den maßgebenden Einfluß Frankreichs hervor, welcher berücksichtigt, daß Deutschland hinter Oesterreich steht. Dieser Einfluß dürfte allerdings fortan fehlen, wenn in Paris ein Politiker aus Ruher käme, der Gladstone in seinen abenteuerlichen Plänen unterstützte. Diese Möglichkeit ist gleichwohl zu erwägen. Wahrscheinlich würde die Sache aber erst werden, wenn der Präsident der Republik demissionirte. An diesen Ausgang ist indessen nach den bisherigen Anzeichen nicht zu denken. Den friedlichen Charakter der Krise betonen auch die folgenden Pariser Meldungen, welche uns das „Bollschiff Bureau“ im Laufe des Nachmittags zugehen läßt: Paris, 21. September. Die hier anwesenden Vertreter der Mächte hatten Freycinet einen Abschiedsbesuch ab, bei welchem der Minister denselben verabschiedete, sein Rücktritt werde durchaus keine Aenderung in der äußeren Politik Frankreichs zur Folge haben. Die russische Botschaft in Paris hat sich bald beruhigt, da keine unmittelbare governmentale Katastrophe befürchtet wird.

Paris, 21. September. Alle Morgenblätter sprechen sich für die Aufrechterhaltung der bisherigen friedlichen Politik aus. Einige verlangen die vorzeitige Einberufung der Kammer; doch scheint die Einberufung bis jetzt unwahrscheinlich. Unmittelbar nach der Constatirung des Cabinets soll, wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, ein sehr friedlich gehaltenes Rundschreiben an die Vertreter Frankreichs in Rußland gerichtet werden. Bis jetzt ist noch nicht Definitives über die Zusammenlegung des neuen Ministeriums entschieden. Der „Rationale“ will wissen, der Marquis von Roailles habe die Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen abgelehnt.

In München verweisen wir, was die aus-
wärtige Lage in Frankreich anbetrifft,
noch auf den Leitartikel.

Der am Sonntag in Brunn abgehaltene
deutsch-mährische Parteitag war von nahe
an 1000 Parteimitgliedern besucht worden. Es